

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 51/2 (2020), 130-138

DOI: 10.60684/msg.v51i2.2020211

Tilman Harlander
Universität Stuttgart

Renaissance der Stadt urban divide? Zum Verhältnis von Stadtplanung und Stadtgeschichte seit den 1970er Jahren

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International.

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte sind gesondert abzuklären.

© Tilman Harlander 2020



Renaissance der Stadt – *urban divide*? Zum Verhältnis von Stadtplanung und Stadtgeschichte seit den 1970er Jahren

Das Jahr 1973 markiert in der kollektiven Erinnerung das definitive Ende der Boomjahre des Wirtschaftswunders und ist mit einer Vielzahl von Bildern mit hohem Symbolgehalt verknüpft:¹ Ölpreisschock, Bankenpleite (Herstatt), leere Autobahnen und „Wohnungshalden“. Auf der Ebene der Städte wurden die „Grenzen des Wachstums“ frühzeitig deutlich und bereits ein Jahr vor Erscheinen der Studie des Club of Rome² auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages von 1971 unter dem dramatischen Titel „Rettet unsere Städte jetzt!“ diskutiert. Das Eröffnungsreferat hielt der Münchner Oberbürgermeister Vogel und zeichnete darin ein schockierendes Bild, das zugleich eine vernichtende Kritik der zurückliegenden Planungspolitik enthielt: „Da ist das uferlose, scheinbar durch nichts zu bremsende breiartige Auseinanderfließen der Stadtstrukturen. Da ist das Absterben der von Individualverkehr lahmgelegten und erstickten Innenstädte, die ihre Funktionen an die Randzonen, an die Einkaufszentren an der grünen Wiese abgeben und sich entweder in Slums oder in eine Ansammlung von Verwaltungsgebäuden verwandeln ...“.³

Insbesondere die sogenannten „Wohnungshalden“ waren zugleich ein Höhe- wie auch Wendepunkt der Stadtentwicklungsgeschichte der Nachkriegszeit. Zu dieser Zeit sah man sich erstmals nach dem Rekordjahr 1973 mit 714.000 fertiggestellten Wohnungen mit großen Kontingenten unverkäuflicher und nicht vermietbarer Wohnungen konfrontiert. Die Nachkriegswohnungsnot schien nun beseitigt und mit dem – scheinbar definitiven – Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt verlor der soziale Wohnungsbau die ihm in den Notzeiten zugebilligte historische Legitimation. Von jetzt an ging es, auch wenn eine eigentliche ordnungspolitische Wende in der Wohnungspolitik erst mit dem Antritt der Regierung Kohl 1982 einsetzte, nicht mehr um eine Ausweitung des Interventionsstaates, sondern um Deregulierung.

¹ Vgl. Ulrike Herrmann, Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen, Frankfurt am Main 2019.

² Dennis Meadows u.a., Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

³ Hans Jochen Vogel, Rettet unsere Städte jetzt!, in: Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 16. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 25. bis 27. Mai 1971 in München, Köln 1971, S. 55-84, hier S. 65.

Nach 1973 jedenfalls spielten Stadterweiterungsprojekte und Großsiedlungsbau für fast zwei Jahrzehnte kaum mehr eine Rolle. Mit dem Bau von Satellitenstädten wie etwa München-Neuperlach, der größten derartigen Siedlung in den alten Bundesländern, hatte man ab Mitte der 1960er Jahre unter der städtebaulichen Losung „Urbanität durch Dichte“ in Größe und Dichte einen Maßstabssprung vollzogen, bei dem man auf keine bisherigen Erfahrungen zurückgreifen konnte. Die durch Autoren wie Jane Jacobs, Wolf Jobst Siedler, Hans-Paul Bahrdt oder Alexander Mitscherlich in den 1960er Jahren eingeleitete massive Kritik an dem für Siedlungen dieser Phase charakteristischen Verlust von Maßstäblichkeit, an der Auftürmung gewaltiger Baumassen, an unzureichenden Infrastrukturen, an der strikten Funktionstrennung und kalten Monotonie des Wohnumfeldes löste nun die vorhergehende Fortschrittseuphorie ab. Nach zahlreichen Nachbesserungsmaßnahmen und -programmen fällt das Urteil über Großsiedlungen allerdings inzwischen differenzierter aus⁴, manchmal bereits wieder lobend („Neu-Perlach ist schön“⁵).

Zugleich wurden die – von manchen als „zweite Zerstörung Deutschlands“ apostrophierten – Folgen des radikalen Modernisierungsprozesses und Umbaus der Innenstädte bewusster wahrgenommen. Die forcierte Tertiarisierung, das ungebremsste Vordringen von Handel und Banken sowie ein in ungeahntem Ausmaß expandierender Stadtverkehr hatten das innerstädtische Wohnen zu einer Marginalfunktion gemacht. Im Raum stand nicht zuletzt das Schreckgespenst einer zunehmenden „Amerikanisierung der Städte“⁶, mit der vor allem der Exodus beziehungsweise die Stadtflucht der steuerstarken Besserverdiener in das suburbane Umland und die Entleerung, Verödung und Verslumung der Innenstädte assoziiert wurden. Im urbanistischen Diskurs dieser Jahre, wie er etwa im Heft 38 der Zeitschrift „Arch+“ von 1978 dokumentiert ist⁷, suchte man die Symptome einer zunehmend krisenhaften Stadtentwicklung auch auf die im Hintergrund stehende allgemeinere gesellschaftliche Krise zurückzubeziehen. Zu dieser Krise zählten unter anderem der Wandel zur postindustriellen Gesellschaft, die Deindustrialisierung und der Zerfall des Weltwährungssystems.

⁴ Vgl. Bernd Hunger, Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen, in: Die Wohnungswirtschaft 8/2015, S. 8–11.

⁵ Andreas Hild (Hrsg.), Neuperlach ist schön – zum 50. einer gebauten Utopie, München 2018.

⁶ Hartmut Häußermann, Amerikanisierung der deutschen Städte? Bedingungen der Stadtentwicklung in den USA im Vergleich zur Bundesrepublik in Bezug auf das Wohnen, in: Volker Roscher (Hrsg.), Wohnen, Hamburg 1983, S. 137–159; Peter Marcuse, Gentrification und die wirtschaftliche Umstrukturierung New Yorks, in: Hans G. Helms (Hrsg.), Die Stadt als Gabentisch. Beobachtungen der aktuellen Städtebauentwicklungen, Leipzig 1992, S. 80–90.

⁷ Arch + 38, 1978, „Amerikanisierung“ der Städte.

Interdisziplinäre historische Stadtforschung erfuhr in diesem Zeitraum einen enormen Aufschwung: Bereits ab 1970 erschienen die auf die Stadt- und Kommunalentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts konzentrierten „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS) und ab 1974 „Die alte Stadt“ (Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege). Diese fungierten als Organ eines 1960 auf Initiative Otto Borsts gegründeten Netzwerks historischer Städte in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Südtirol. Auch bereits etablierte Zeitschriften wie die „Stadtbauwelt“ spiegelten, wie Brigitte Schultz in ihrer die Jahrzehnte übergreifenden Analyse dieser Zeitschrift schreibt, den nun einsetzenden fundamentalen Wandel wider: „Waren die Autoren noch 1969 enthusiastisch über die Stadt, die sein könne, besinnen sie sich 1974 auf die Möglichkeiten der Stadt, die schon da ist“.⁸

Zumeist wird als Wendepunkt zur „Wiederentdeckung“ der historischen Stadtqualitäten, als Auftakt zur „Renaissance der Städte“ der mit dem europäischen Denkmalschutzjahr 1975 vollzogene Paradigmenwechsel zum Schutz der historischen (Alt-)Städte genannt.⁹ Zu wenig berücksichtigt wird dabei häufig, dass die kulturelle und stadtplanerische Aufwertung der großstädtischen Innenstadtrandgebiete und der historischen Innenstädte von Klein- und Mittelzentren von der Verabschiedung und Durchsetzung eines ganzen Bündels von unter dem Strich sehr wirksamen Gesetzen und Maßnahmen begleitet wurde.¹⁰ Zentral waren dabei vor allem die von den Gemeinden praktizierte Sanierung nach dem Städtebauförderungsgesetz von 1971, die Vielzahl von in der ersten Hälfte der 1970er Jahre durch die Länder verabschiedeten Denkmalschutzgesetzen, der Ausbau der Modernisierungsförderung durch das Wohnungsmodernisierungsgesetz von 1976, das Modernisierungs- und Energiespargesetz von 1978 sowie – last but not least – die Ausweitung der steuerlichen Eigentumsförderung (§ 7b EStG) auf eigengenutzte Altbauwohnungen seit 1977. Zusätzlich unterstützt wurden diese Programme und Maßnahmen durch Wettbewerbe, Modellvorhaben und Sonderprogramme. Die Implementation derart vielfältiger Maßnahmen wäre ohne den parallel verlaufenden Umbau der überkommenen Verwaltungsstrukturen durch umfassende Funktional- und Gebietsrefor-

⁸ Brigitte Schultz, Was heißt hier Stadt. 50 Jahre Stadtdiskurs am Beispiel der Stadtbauwelt seit 1964, Berlin 2013, S. 50.

⁹ Vgl. Deutsches Nationalkomitee für das Europäische Denkmalschutzjahr (Hrsg.), Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Europäisches Denkmalschutzjahr 1975. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland. Wanderausstellung 1975-1976, München 1975.

¹⁰ Vgl. hierzu Christian Holl/Johann Jessen, Aufwertung des innerstädtischen Wohnens seit den 1970er Jahren, in: Tilman Harlander u.a. (Hrsg.), Stadtwohnen, Städtebau, Perspektiven, Ludwigsburg/München 2007, S. 276-309.

men in den 1960er und 1970er Jahren nicht möglich gewesen.¹¹ Zugleich wuchs das Interesse an Verfahren erhaltender Stadterneuerung im In- und Ausland (Bologna¹², Rotterdam etc.), an Bürgerbeteiligung und der wachsenden Bürgerinitiativenbewegung.¹³ Vor allem die ab 1978/79 eingeleitete Internationale Bauausstellung IBA Berlin 1987 erlangte mit ihrem Schwerpunkt IBA-Altbau und unter ihrem Planungsdirektor Hardt-Waltherr Hämer eine Schlüsselrolle für den Übergang von der Abrissanierung zur behutsamen Stadterneuerung.¹⁴

Begleitet wurde diese Entwicklung nicht allein durch die fortlaufende Dokumentation der Arbeitsergebnisse der IBA selbst, sondern auch durch weiter ausgreifende planungsgeschichtliche Forschungsarbeiten wie die des Planungshistorikers Harald Bodenschatz, der 1987 eine umfassende Geschichte der Stadterneuerung Berlins seit der Reichsgründung vorlegte.¹⁵ Zu Recht betonte Bodenschatz in seinem Habilitationsvortrag, dass mit den mittlerweile erfolgten „kulturellen Neubewertungen“ der historischen Städte auch „die wissenschaftliche Stadtplanungsgeschichtsschreibung eine bis vor kurzem völlig undenkbare Aktualität erhalten [hat], sie ist von außen gefordert, aus dem akademischen Zirkeldasein herauszutreten, sich in die kulturelle Diskussion einzumischen, ja sogar Handlungsperspektiven zu eröffnen“.¹⁶

Zugleich aber wuchs mit Blick auf die bereits in den 1980er Jahren spürbaren ersten Wellen von Luxusmodernisierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen auch die Sorge um die für die gesellschaftliche Integration problematischen Folgen zunehmender Gentrifizierung und Segregation.¹⁷ Die allmählich einsetzende „Renaissance der Städte“ in den 1980er Jahren

¹¹ Vgl. Frido Wagener, *Neubau der Verwaltung*, Berlin 1974.

¹² Vgl. Harald Bodenschatz/Tilman Harlander, 40 Jahre Stadterneuerung Bologna, in: *Forum Stadt* 41, 2015, S. 357–376.

¹³ Vgl. Bernt Armbruster/Rainer Leisner, Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik. Zur Freizeitaktivität verschiedener Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Beteiligungsfeldern (Kirchen, Parteien, Bürgerinitiativen u. Vereinen), Göttingen 1975. Sebastian Haumann hat den Beitrag der „68er“ in Deutschland zu dem grundlegenden stadtplanerischen Paradigmenwechsel mit Verweis auf den Einfluss der USA und den sich in diesen Jahren durchsetzenden breiten Konsens in Partizipationsfragen zu Recht erweitert kontextualisiert: Sebastian Haumann, Partizipation als Konsens, in: *sub\urban* H. 2/2018; vgl. auch Dirk Schubert, Die langen 1960er oder Umbruchjahr 1968? Partizipative Planungsprozesse zwischen Pragmatismus und Weltverbesserung, in: *Forum Stadt* 45, 2018, S. 195–210.

¹⁴ Vgl. Harald Bodenschatz u.a. (Hrsg.), *25 Jahre Internationale Bauausstellung Berlin 1987. Ein Wendepunkt des europäischen Städtebaus*, Sulgen 2012.

¹⁵ Harald Bodenschatz, *Platz frei für das neue Berlin!*, Berlin 1987.

¹⁶ Harald Bodenschatz, Zur Aktualität der Stadt-Planungsgeschichte heute, in: *Die Alte Stadt*, H. 4/1987, S. 329–340, hier S. 330.

¹⁷ Vgl. Jörg Blasius/Jens S. Dangschat (Hrsg.), *Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*, Frankfurt/New York 1990.

war zugleich flankiert und kontrastiert von der Liberalisierung und Deregulierung der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. In gewisser Parallelität zu dem Siegeszug des „Thatcherismus“ und der „Reaganomics“ vollzog sich auch in Deutschland nach dem Regierungsantritt des Kabinetts Kohl 1982 eine neoliberale Wende mit einschneidenden Folgen, vor allem dem Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau. Dabei lieferte der Neue Heimat-Skandal die gesamten 1980er Jahre hindurch auf denkbar negativste Weise die Begleitmusik und konkterkarierte jeden Versuch, die besonderen Werte gemeinnütziger Sozialpflichtigkeit, Mietpreiskalkulation oder Vermögensbindung herauszustellen. Trotz aller Widerstände wurde 1990 im Rahmen der Deregulierungspolitik der Regierung Kohl die seit Langem bewährte Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen – außer für die Genossenschaften – aufgehoben und das über mehr als 100 Jahre dort aufgebaute Sozialkapital aus seinen sozialen Bindungen gelöst und in den freien Markt überführt.¹⁸ Dem folgten nach und nach, teils in erheblichem Umfang, der Verkauf und die Privatisierung ehemals sozial gebundener Wohnungsbestände.

Der urbanistische Diskurs stand diesen Entwicklungen weitgehend ohnmächtig gegenüber und konzentrierte sich zunächst vor allem auf den historischen Rückblick, auf die Wurzeln der Wohnungsgemeinnützigkeit¹⁹ und auf die Suche nach neuen gemeinschaftlichen Wohnformen.²⁰ Die Forschungsanstrengungen dieser Jahre und darüber hinaus sind eindrucksvoll dokumentiert in den beiden „Blauen Reihen“: Zum einen in der Reihe „Stadt-Planung-Geschichte“ des Lehrstuhls Planungstheorie um Gerhard Fehl (RWTH Aachen) und zum anderen in der „Dortmunder Beiträge zur Raumplanung“ des Instituts für Raumplanung der Universität Dortmund.²¹

¹⁸ Vgl. Tilman Harlander, Wohnungspolitik, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales/Bundesarchiv (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 7: 1982-1989: Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, S. 684-712.

¹⁹ Vgl. etwa Klaus Novy/Michael Prinz, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Berlin 1985.

²⁰ Vgl. Joachim Brech, Gemeinsam leben. Gruppenwohnprojekte in der Bundesrepublik, Darmstadt 1990.

²¹ Vgl. exemplarisch die beiden Publikationen in der blauen Reihe des Lehrstuhl PT Aachen zur Planungs- und Wohnungsbaugeschichte, an denen der Autor gleichsam als Zeitzeuge beteiligt war: Tilman Harlander/Gerhard Fehl, Hitlers sozialer Wohnungsbau. Aufsätze und Rechtsgrundlagen zur Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung, in: Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland, Hamburg 1986; Tilman Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel/Berlin/Boston 1995; vgl. exemplarisch als Forschungsarbeit der blauen Reihe der Universität Dortmund zur NS-Zeit Ursula von Petz, Stadtsanierung im Dritten Reich. Dargestellt an ausgewählten Beispielen, Dortmund 1987.

Mit der Hinwendung zur Stadt- und Planungsgeschichte war in Aachen und Dortmund keineswegs ein Rückzug aus der Gegenwart intendiert²², im Gegenteil. Ganz in diesem Sinn stellten Gerhard Fehl und Juan Rodriguez-Lores einem ihrer zahlreichen planungsgeschichtlichen Sammelbände ein Motto von Luise Rinser voran: „Vergangenheit ist in die Gegenwart eingeschlossen, ist untrennbar eins mit ihr ... Man kann sich eine Weile einbilden, man sei ihrer ledig. Doch eines Tages richtet sich die Vergangenheit auf und erweist sich als ein Engpass, durch den der Weg in die Zukunft führt. Scheut man die enge Pforte, gewinnt man nie das Freie“.²³

Nach der deutschen Einheit und mit dem Zustrom von Hunderttausenden von Spätaussiedlern, Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylsuchenden in der Phase zwischen 1986 und 1994 wurden große Neubauprogramme wieder unabweisbar. Städtebauliches Leitbild war jetzt nicht mehr die Funktionstrennung nach den Prinzipien der Charta von Athen, sondern – im Vorgriff auf die Leipzig-Charta von 2007²⁴ – die Tradition der europäischen Stadt, die „sozial und funktional gemischte, dichte und kompakte Stadt der kurzen Wege“.²⁵ Exemplarisch für dieses neue Leitbild können dafür die Quartiere Rieselfeld in Freiburg und das Französische Viertel in Tübingen stehen. Angesichts einer wachsenden Zahl eher schematischer und einseitig auf ökologische Belange konzentrierter Adaptionen des Leitbilds der dichten, kompakten Stadt wächst freilich inzwischen in einer jüngeren Planergeneration der Ruf nach dessen zeitgemäßen Fortentwicklung heran. Gleichzeitig auch, so etwa Daniela Zupan, „nach einer Re-Kalibrierung sozialer und ökologischer Anliegen, bei der erstere wieder die primäre Rolle einnehmen sollten“.²⁶

Anders als von vielen noch in den 1990er Jahren erwartet, führte der mit der Deindustrialisierung und dem enormen Aufschwung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einhergehende Digitalisierungsschub nicht zu einer grundlegenden Enträumlichung oder „death of distance“²⁷ und Auflö-

²² Vgl. Tilman Harlander, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Stadt im Wandel. Planung im Umbruch. Festschrift für Gerhard Fehl, Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 25.

²³ Gerhard Fehl, „Stadt-Umbau“ muß sein!, in: Ders./Juan Rodriguez-Lores (Hrsg.), Stadt-Umbau. Die planmäßige Erneuerung europäischer Großstädte zwischen Wiener Kongreß und Weimarer Republik, Basel/Berlin/Boston 1995, S. 33.

²⁴ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Zehn Jahre Leipzig-Charta. Die Bedeutung integrierter Stadtentwicklung in Europa, Bonn 2017.

²⁵ Johann Jessen, Europäische Stadt als Bausteinkasten für die Städtebaupraxis. Die neuen Stadtteile, in: Walter Siebel (Hrsg.): Die europäische Stadt, Frankfurt am Main 2004, S. 92-104.

²⁶ Daniela Zupan, Auf tönernen Füßen, in: Marlowes. Magazin für Architektur und Stadt vom 5. April 2017; vgl. auch Johann Jessen/Daniela Zupan, Leitbildwechsel. Wie kommt Neues in die Stadtplanung?, in: Forum Stadt 44, 2017, S. 59-77.

sung der räumlich gebundenen Stadt in eine „City of Bits“.²⁸ Eher scheint es so, als ob umgekehrt innerstädtische Quartiere mit ihren vielfältigen urbanen und anregenden Milieus als Arbeitsort beziehungsweise als Standort gerade für Unternehmen der Internetökonomie und generell wissensbasierter Dienstleistungen einen erheblichen Bedeutungsgewinn erfahren hätten. Für einige Jahre erregten die inzwischen allerdings teils kritisch hinterfragten, teils auch empirisch widerlegten Thesen Richard Floridas weltweit Aufmerksamkeit. Nach diesen Thesen würden Städte und Regionen mit einem hohen Anteil an Angehörigen der sogenannten „creative class“ im Vergleich zu anderen Regionen erhebliche wirtschaftliche Vorteile und eine nachhaltigere Zukunftsfähigkeit besitzen.²⁹ Mit dem Bedeutungsgewinn der Städte erlangte zugleich ein an den Architektur- und Planerfakultäten deutlich spürbarer Trend zum (postmodernen) Architektur- und Städtebaudiskurs aufgrund der mit ihm verknüpften Bedeutungsträgerpotentiale erheblich an Gewicht.

Der allmählichen „Renaissance der Städte“ lag ein ganzes Bündel von Ursachen zugrunde: Zum einen die Abschwächung des Suburbanisierungstrends. Hier schlugen zunehmend Faktoren wie der Abbau der staatlichen Suburbanisierungsanreize in Form von Eigenheimzulage und Pendlerpauschale sowie die Kumulation von Pendlerbelastungen durch. Aber auch Veränderungen auf den Arbeitsmärkten wie die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, Mehrfachbeschäftigungen oder flexible Arbeitszeiten, die mit dem klassischen suburbanen Familien- und Lebensmodell immer weniger kompatibel waren.³⁰ Zum anderen lagen die Ursachen im Attraktivitätsgewinn der Städte selbst: Hier schlugen die Modernisierungs- und Sanierungserfolge zu Buche, die Aufwertung der öffentlichen Räume, die Wohnumfeldverbesserung, der Rückbau der autogerechten Stadt und die Entwicklung neuer attraktiver urbaner Gebäude- und Wohnformen wie Stadthäuser, Garden Villas, Maisonnettetypen, Penthouse Villas oder Loftwohnen.

Dabei ging man etwa gleichzeitig im urbanistischen Diskurs noch vielfach davon aus, dass letztendlich die Kernstädte auch weiterhin „Verlierer“ sein würden: „Anscheinend benötigen moderne Gesellschaften nicht die Form räumlicher Zentralität, die im Gefälle von der Stadtkrone zur Peripherie der

²⁷ Frances Cairncross, *The death of distance. How the communications revolution will change our lives*, Boston, MA 1997.

²⁸ Dieter Läßle, *Das Internet und die Stadt. Virtualisierung oder Revitalisierung städtischer Arbeits- und Lebensverhältnisse?*, in: Walter Siebel (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, Frankfurt am Main 2004, S. 406-421.

²⁹ Vgl. Richard Florida, *The rise of the creative class*, New York 2002.

³⁰ Vgl. Hartmut Häußermann, *Der Suburbanisierung geht das Personal aus. Eine stadtsoziologische Zwischenbilanz*, in: *Stadtbauwelt* 181, 2009, S. 52-57.

europäischen Stadt eine so eindrucksvolle Gestalt gewonnen hat“ , so Walter Siebel noch 2004.³¹ Der Fokus der Diskussion lag für einige Jahre – nach einer vielgelesenen Publikation Tom Sieverts aus dem Jahr 1999 – auf der suburbanen „Zwischenstadt“.³²

Doch der Trendwechsel hin zur „Renaissance der Städte“ war längst mehr als die bloße planerische Absichtserklärung für die Innenentwicklung, die er jahrzehntelang gewesen war. Nach der Jahrtausendwende wurde statt des bislang dominierenden Suburbanisierungsprozesses und Bevölkerungsschwundes der Reurbanisierungstrend³³, zumindest für die Großstädte, auch empirisch fassbar. Nun untermauerten ihn auch zahlreiche wissenschaftliche Studien, die Untersuchungen des BBSR und der Statistischen Landesämter. Freilich gilt es dabei nach Bevölkerungsgruppen zu differenzieren: Die Reurbanisierung wurde und wird vornehmlich von den jüngeren Altersgruppen zwecks Ausbildung, Berufseinstieg und Karriere getragen, seit 2015 auch vermehrt von Geflüchteten und EU-Zuwanderern, die Suburbanisierung hingegen nach wie vor überwiegend von Familien – und zunehmend auch von denen, die durch die hohen Wohnkosten aus den Kernstädten verdrängt wurden.³⁴

Doch war die nun eingeläutete „Renaissance der Städte“ und der Boom neuer attraktiver städtischer Haustypen und Wohnformen auch die Renaissance urbanen „Wohnens für alle“? Diese Frage muss verneint werden. Der Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau setzte sich mit der Verabschiedung des Wohnraumförderungsgesetzes 2001 und der Föderalismusreform 2006 fort. Außerdem wuchs, mit dem Dahinschmelzen der zuvor sozial gebundenen Bestände im sozialen Wohnungsbau, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu der immer dringlicher erlebten „neuen sozialen Frage unserer Zeit“ (Seehofer 2018) an. Vor allem nach der Immobilien- und Finanzkrise 2008/09 vertiefte sich ein gefährliches soziales Auseinanderdriften der Stadtgesellschaften. Dies geschah vor dem Hintergrund zunehmender Wohnungsengpässe und einer durch die Niedrigzinspolitik der EZB und wachsender Nachfrage auch internationaler Kapitalanleger befeuerten Explosion der Mieten und Kaufpreise auf den liberalisierten Wohnungsmärkten. Ganz unwissenschaftlich, aber bis heute treffend charakterisierte der Spiegel bereits 2012 unter dem Titel „Stadtluft

³¹ Walter Siebel, Einleitung. Die europäische Stadt, in: Ders. (Hrsg.), Die europäische Stadt, Frankfurt am Main 2004, S. 11-50.

³² Thomas Sieverts, Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig 1999.

³³ Vgl. Klaus Brake/Günter Herfert (Hrsg.), Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland, Wiesbaden 2012.

³⁴ Vgl. BBSR (Hrsg.), Wie viel (Re-)Urbanisierung durchzieht das Land? BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2017, Bonn 2017; vgl. auch Informationen zur modernen Stadtgeschichte H. 2/2002, Suburbanisierung.

macht arm“ die Lage auf den Wohnungsmärkten der Wachstumsregionen und der sogenannten Schwarmstädte: „Deutsche Metropolen erleben einen beispiellosen Immobilienboom. Gebaut werden meist Luxusobjekte, bezahlbarer Wohnraum wird zur Mangelware. Jetzt treibt die Knappheit auch die Mieten in die Höhe – und die Mieter aus den Zentren“.³⁵

Die Renaissance der Städte in Deutschland, so lässt sich resümieren, überwindet ihre Existenzkrise, ist aber zugleich von einer neuen, tiefgreifenden Stadtkrise begleitet. Tatsächlich erleben wir gegenwärtig statt sozialer Vielfalt und Mischung im Sinne der neuen städtebaulichen Leitbilder weltweit eine sich rasant beschleunigende Entmischung und eine tiefe soziale Spaltung der Städte.³⁶ Sie manifestiert sich auf bedrückende Weise im anhaltenden Slumwachstum einerseits und dem weltweit boomenden Bau von abgeschlossenen *Gated Communities* und abgeschirmten Siedlungen für die Wohlhabenden andererseits. Noch erleben wir dieses zunehmende Auseinanderdriften der Stadtgesellschaften in Deutschland nur in deutlich abgeschwächter Form. Aber es ist doch unübersehbar, dass auch hierzulande die Wohnungsnot wächst. So entsteht im Gegenüber von Gentrifizierungsfolgen und erzwungener Segregation auf der einen und dem Wohnen in Luxusresidenzen und abgeschotteten teuren Wohnkomplexen auf der anderen Seite ein sozialräumliches Korrelat der wachsenden Kluft von Arm und Reich.³⁷ Bereits 2010/11 sahen die UN in ihrem Bericht zum Zustand der Städte in der Welt hierin eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: „Bridging the urban divide“!³⁸

³⁵ Der Spiegel 47/2012, S. 84.

³⁶ Tilman Harlander/Gerd Kuhn/Wüstenrot Stiftung (Hrsg.), Soziale Mischung in der Stadt. Case Studies – Wohnungspolitik in Europa – Historische Analyse, Ludwigsburg 2012.

³⁷ Stephan Reiß-Schmidt, Wachsende Stadt, entfesselter Bodenmarkt. Wo bleibt der soziale Frieden? Münchner Initiative zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik, in: vhw FWS 3/2018, S. 119-122.

³⁸ UN-Habitat, State of the world's cities 2010-2011. Bridging the urban divide. Overview and key findings, 2010.